

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 22. Für unversandt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 251

Sonnabend, den 26. Oktober 1918

13. Jahrgang

Die Parlamentarisierung der Kommandogewalt im Reiche

Die Beratungen darüber in Berlin. Ein Aufruf Hindenburgs. Weitere Verfassungsänderungen in Vorbereitung. Die Frankfurter Zeitung und der Kaiser. Die Wilsonnote im Reichstage. Ein Reichskriegsamt in Sicht. Die Friedensbedingungen unserer Feinde. Hartnäckiger deutscher Widerstand im Westen. Die Neuordnung in Sachsen. Rücktritt des Grafen Dittum bevorstehend.

Was nun?

Keine Antwort auf die neue Wilson-Note.

Die die „V. T.“ hört, trat das Kriegskabinet in Berlin zu längeren Beratungen über die neue Antwort des Präsidenten Wilson zusammen. Es verläutet, daß die Beantwortung nicht beabsichtigt, nun wiederum ihrerseits eine Antwort darauf an den Präsidenten abzugeben, da sich nun erst die Elemente in der Frage der Waffenstillstandsverhandlungen zu äußern hat. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Regierung im Reichstage eine prinzipielle Erklärung über die Auffassung der Wilson-Note abgeben wird.

Die Wilsonnote in London.

Das amerikanische Bureau erzählt: Das (englische) Auswärtige Amt erhielt die Antwort Wilsons. Da der Präsident seine Korrespondenz mit Deutschland den assoziierten Regierungen unterbreitet hat, ist seine amtliche Erklärung möglich, ehe diese Korrespondenz eingetroffen ist.

Ein Aufruf Hindenburgs.

Hindenburg hat dem Reichskanzler, wie der Kommandierende General in Berlin durch Maueranschlag bekanntmachen läßt, folgendes Telegramm gesandt. „Unsere Feinde schöpfen aus unserer inneren Zerissenheit und verzagter Stimmung neue Kraft zum Angriff, neue Entschlossenheit zu neuen Forderungen. Feinde und neutrales Ausland sind im Begriff, in uns nicht mehr ein Volk zu sehen, das freudig alles setzt an seine Ehre. Demgegenüber muß eine vaterländische Stimmung in allen Stämmen und Schichten des deutschen Volkes lebendig werden und deutlich erkennbar in Erscheinung treten. An dem selbstlosen Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis auf die äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Gewehr die Kraft, die Übermacht zu trotzen, nur dann finden unsere tapferen Kämpfer den Rückhalt für ihre schweren Aufgaben am Verhandlungstisch. Überall muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: ehrenvoller Frieden oder Kampf bis zum äußersten. Das Vertrauen auf unsere gerechte Sache, der Stolz auf unsere gewaltigen Leistungen in vier Kriegsjahren gegen die stärkste Koalition der Geschichte, das Bewußtsein allzeit bewährter Bundesstreue und die unerschütterliche Zuversicht auf das deutsche Volkes Zukunft müssen uns in den Frieden hinüberleiten und uns die Achtung vor uns selbst und die Achtung des Auslandes bewahren.“

Vom Kaiser.

Die Frankfurter Zeitung schreibt in einem Leitartikel über das „alte Regime“: Man hat das brave deutsche Volk für eine ganz gefährliche Gesellschaft gehalten, die die Welt bedrohe. Und dies erhielt immer neue Nahrung dadurch, daß unser Wadauffstieg, der zum Schrecken verpflanzet hätte, mit Reden und Einmischungen begleitet wurde. Es liegt nahe, hier auch an den Kaiser zu denken. Er hat es sicherlich gut gemeint und seine stark religiöse Natur bürgt allein schon dafür. Er hat sicherlich nicht auf den großen Krieg gesteuert, in den man schließlich mehr hineingerutscht, als gegangen ist. Aber alles ändert nichts daran, daß er sich durch das, was er in den 30 Jahren seiner Regierung gesprochen und getan hat, zum Symbol des alten Regimes gemacht hat, und es muß ausgesprochen werden, daß im deutschen Volke die Stimmung gegenüber dem Kaiser nicht so ist, wie er wohl glauben mag. Welche Kreise lassen keinen Zweifel darüber, daß sie es dankbar empfunden hätten, wenn er bei der radikalen Umwandlung der inneren und äußeren Politik, welche eingeleitet ist, persönliche Konsequenzen gezogen hätte, vor allem um seiner selbst willen. Im übrigen ist die Lage so, daß das Volk das alte Regime bis zum Halbe satt hat.

Parlament und Kommandogewalt.

Die Regierung schied sich an, auch von der Kommandogewalt Besitz zu ergreifen. Im Reichskanzlerpalais fand gestern mittag unter Vorsitz des Kaisers eine Beratung von Ministern und sonstigen leitenden Persönlichkeiten statt.

Sichtlich der zu erwartenden Vorlage, welche Änderungen in den Verhältnissen der obersten Kommandogewalt bringen wird, meint die „V. T.“, dadurch werde die parlamentarische Regierung in die Lage versetzt, sämtliche Akte der Kommandogewalt mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken. Am besten werde dies wohl durch die Schaffung eines Reichskriegsamtes mit einem verantwortlichen Staatssekretär an der Spitze geschehen, ferner dadurch, daß alle übrigen militärischen Instanzen zu diesem Amt in ein Verhältnis gebracht werden, das die Übernahme der parlamentarischen Verantwortlichkeit für alle ihre Akte durch den Staatssekretär des Krieges ermöglicht. Diese Verfassungsänderung sei nichts anderes als die Durchführung einer Absicht, die bereits seit Wochen besteht. Der „V. T.“ erblickt dagegen in dem Beschlusse der Reichsregierung hinsichtlich der Kommandogewalt des Kaisers die erste Antwort auf die Wilson-Note. Die deutsche Regierung beziehe sich, der Wilsonschen Forderung sofort über Nacht zu entsprechen. Sie tue dies zwar mit der Behauptung, daß ihre Absicht auch ohnedies dahin gegangen wäre, die eingeleitete Systemänderung durch Unterstellung der Kommandogewalt des Kaisers unter die Aufsicht des Reichskanzlers und damit des Reichstages weiterzuführen. Die Regierung würde aber schwerlich irgendwo Glauben finden, wenn sie annehmen sollte, dadurch ihre Sache zu verbessern und das Maß ihrer Verantwortlichkeit dem deutschen Volke gegenüber zu verringern.

Neue Forderungen an Deutschland.

Wie Reuter erfährt, sind die Verbündeten Regierungen infolge dauernden Gedankenaustausches in völliger Uebereinstimmung über die Bedingungen, unter denen es möglich ist, in Waffenstillstandsverhandlungen mit Deutschland einzutreten. Die Flottenfragen sind in den Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland niemals behandelt worden, und natürlich sind sie vom Standpunkt der Verbündeten von größter Bedeutung. Die Idee von der Freiheit der Meere, wie sie von Deutschland aufgestellt ist, kann überhaupt von keiner der verbündeten Regierungen angenommen werden. Es dürfte klar sein, daß die Bedingungen, von denen ein Waffenstillstand abhängt, die Fragen der Seemacht ebenso wie die der Landmacht einschließen müssen. Aber bisher hat Deutschland seine Forderungen stets auf die Landmacht beschränkt. Amerika, England, Frankreich und Italien verbieten der Seemacht in der Kriegsführung so viel, daß es für sie nicht unlich erscheinen kann, die Seemacht von der Erörterung der Bedingungen auszuschließen, unter denen es gerechtfertigt wäre, einen Waffenstillstand einzugehen. Indem Wilson die Klämung der besetzten Gebiete ausspricht, hat er niemals beabsichtigt, seine Bedingungen darauf zu beschränken, wie die Deutschen immer angenommen haben.

Amerika fordert bedingungslose Übergabe.

Nach einer Meldung des „New York Herald“: Der „Daily News“ in einem Telegramm, das abgeschickt wurde, ehe die Antwort Deutschlands bekannt war, das allgemeine Lösungswort in Amerika laute auf bedingungslose Übergabe. Im Kongreß werde von allen Seiten nach dieser Richtung Druck ausgeübt. So die (Vorsitzender des Senatsauschusses für Auswärtiges) nannte die deutsche Antwort einen plumpen Fallstrick und verwies auf die Unaufrichtigkeit in der Dementierung der Greuelthaten.

Der Waffenstillstandsvertrag bei den Alliierten.

Der Walländer „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Die militärischen Mitglieder des Versailler Kriegsrats sind am Mittwoch zu einer Vorbesprechung zusammengetreten. Der Antrag auf Waffenstillstand liegt seit Mittwoch mittag den alliierten Heeresleitungen vor.

Die Waffenstillstandsfrage.

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt, daß in militärischen Kreisen der Eindruck besteht, daß die Frage des Waffenstillstandes in den Hintergrund getreten sei. Man glaube, die Deutschen seien der Ansicht, daß ihre militärische Lage besser geworden sei als vor 14 Tagen, und daß sie deshalb, ehe sie die Bedingungen, die ihnen noch auferlegt wird, annehmen, eine Entscheidung zu Lande und zur See herbeiführen werden.

Clemenceau für Friedensverhandlungen.

„Journal du Peuple“ meldet: Clemenceau teilte beim Empfang der sozialistischen Kammerdeputierten mit, er widerlege sich seinen Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden.

Londoner über Wilsons Antwort.

Der englische Arbeiterführer Henderson hat von der neuen Wilsonnote den Eindruck gehabt, daß sie die Lage klären werde. Es sei von großer Bedeutung, daß

die Note dem deutschen Volke auferlege, nicht eine vorübergehende Einstellung der Feindseligkeiten anzustreben, sondern eine dauernde Vernichtung eines militärischen Systems, unter dem das Volk selbst und fast die ganze Welt stets gelitten habe. Wenn die Deutschen ernstlich einen Frieden wollten, dann sollten sie alles tun, was zur Schaffung ehelicher politischer Garantien nötig sei. Der Waffenstillstand müsse so beschaffen sein, daß keine Klasse des deutschen Volkes imstande sein werde, einen Einfluß auf die Wiederaufnahme der militärischen Kräfte ausüben zu können. Wilson habe klar zum Ausdruck gebracht, daß die beste Garantie gegen einen künftigen Krieg die sei, sämtliche Kräfte, auf denen die Verantwortung für diesen Krieg ruhe, machtlos zu machen.

Der amerikanische Unterhaus erklärte Honar Lam, es würde seine Meinung nach eine große Torheit sein, wenn im gegenwärtigen Augenblick im Unterhause die britischen Friedensbedingungen erörtert würden.

Deutscher Reichstag.

Ein Konflikt mit dem Präsidenten. — Die Wilsonnote. In der gestrigen Reichstagsitzung kam es zwischen dem konservativen Führer Westarp und dem Präsidenten Fehrenbach zu einem Konflikt, als Westarp forderte, daß die neue Wilsonnote besprochen werden sollte. Der Präsident widersetzte sich dem, einmal, weil der Wunsch Westarps geschäftsmäßig nicht zulässig sei und dann, weil der amtliche Text der Note noch nicht vorliege. Graf Westarp warf dabei dem Präsidenten vor, daß er das freie Wort beschränke, was sich der Präsident wiederum ernstlich verbat. Die Redner des Reichstages, einschließlich der National Liberalen, sprachen sich gegen den Westarpschen Vorschlag aus, der dann abgelehnt wurde.

Es kam weiterhin zu erregten Szenen, als in der fortgesetzten Aussprache über die Veränderung der Verfassungsvorlage der Abgeordnete Korfanty (Volk) die Vortretung der Stadt Danzig, deren deutschen Charakter er anerkannte, an Holen forderte und sich auf Äußerungen Ludenborffs berief, der verkündet haben soll, daß Bittauen zu Preußen geschlagen werde. Die Abg. Schulz-Bromberg, Göttsch und Schale-Thorn wiesen die politischen Forderungen mit Entschiedenheit zurück. Der Abg. Cohn-Kordhausen (unabh. Sozialist) und der Abg. Rühle (Kommunist) forderten die Abdankung des Kaisers und der ganzen Hohenzollern-Dynastie und verursachten dadurch stürmische Zwischenrufe, sowie Ordnungsbrüche des Präsidenten. Abg. Rühle rief zur Revolution auf.

Damit war die Aussprache beendet. Die Verfassungsvorlagen wurden in dritter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Es folgte die Besprechung der Vorlage, die den Eintritt von Parlamentarismus in die kaiserlich-österreichische Regierung ermöglichen soll. — Abg. Haegy (Frl.): Ueber die Stimmung in Elbahl-Verträgen sollten sich die nicht wüthenden, die uns fortgesetzt preussische Beamte als Herren in die Reichsländer geschickt haben. Elbahl-Verträge ist tatsächlich als Glanz des Reiches behandelt worden, und seine Bevölkerung mußte viel leiden. Unser Schicksal liegt nun in der souveränen Hand des Friedenskongresses. Den Reformen stimmen wir zu, nur schreiben sie uns durch die großen politischen Ereignisse des Augenblicks überholt. Die Vorlage über Elbahl-Verträge wurde dann angenommen.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Aelterenrat des Reichstages beschloß, heute Sonnabend noch eine Sitzung des Reichstages stattfinden zu lassen. Wenn es nicht notwendig wird, am Montag wieder zusammenzutreten, wird sich das Haus auf mehrere Tage vertagen.

Neue Verfassungsreformen.

Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages hat sich mit neuen Verfassungsanträgen beschäftigt, die der Regierung zur schleunigen Ausarbeitung übergeben werden sollen.

Die Kinnotta.

Schamhaft wird mitgeteilt: Durch Allerhöchsten Gnadenrath sind den Personen, die vom Reichsgericht wegen politischer, mit den innerpolitischen Verhältnissen zusammenhängender Verfehlungen, insbesondere wegen Herbeiführung oder Begünstigung von Streiks bestraft worden sind, die gegen sie verhängten Freiheits- und Ehrenstrafen in vollem Umfang erlassen worden.